

Das Milliarden-Dollar Ding

Vom Nutzen australischer Universitäten

| HORST ALBERT GLASER | Selbst nach der weltweiten Wirtschaftskrise scheint das Modell einer effizient operierenden Ökonomie für zahlreiche Hochschulpolitiker nichts von seiner Faszination verloren zu haben. Was aus Universitäten werden kann, an denen dieses Modell durchexerziert wurde, kann in Australien studiert werden.

Fürsprecher einer Rationalisierung von Universitäten sollten sich genau ansehen, was aus australischen dabei geworden ist, bevor auch in Deutschland versucht wird, Studienangebote betriebswirtschaftlich zu berechnen, um die Hochschulen dadurch auf Profitabilität trimmen zu können.

Modell der Ökonomisierung, die unter der Howard-Regierung Mitte der neunziger Jahre durchgesetzt wurde, waren die US-amerikanischen for-profit-universities, die die overhead-Kosten jeder ihrer Dienstleistungen berechnen und sie den Studenten – über Studiengebühren – in Rechnung stellen. Zwar gehören in Australien die Universitäten fast ohne Ausnahme den diversen Bundesstaaten, sind also keine Einrichtungen privater Geldgeber aus der Wirtschaft, aber es entsprach sehr der Pragmatik angelsächsischen Denkens, dass staatliche Einrichtungen sich rechnen müssen, wenn auch nicht immer Profit abwerfen müssen oder können. Als nationale Bildungsaufgabe wurden und werden die Universitäten selten begriffen.

Die betriebs- und volkswirtschaftli-

che Rechnung besteht darin, dass die Kosten kalkuliert werden, die das Studium aller Studenten – schätzungsweise – erfordert. Diese Studienkosten werden sodann als Studiengebühren von den Studenten (resp. ihren Eltern) eingefordert. Maßstab für die Höhe der Studiengebühren sind die Einkünfte, die von den Absolventen der verschiedenen Fächer im Berufsleben voraussichtlich erzielt werden können. Weil etwa die Berufseinkünfte von geisteswissenschaftli-

»Es entspricht sehr der Pragmatik angelsächsischen Denkens, dass staatliche Einrichtungen sich rechnen müssen.«

chen Absolventen (zutreffend) als sehr niedrig eingeschätzt werden, führen sie infolgedessen zu Studiengebühren von ca. 22 000 Dollar im Jahr. Medizinern traut man höhere Verdienste zu – mit der Folge, dass sie Studiengebühren bis zu 62 000 Dollar im Jahr bezahlen müssen.

Da das Federal Government nicht annimmt, dass solch exorbitante Gebühren von den Studenten sofort bar bezahlt werden können (sie belaufen sich nach einem in der Regel dreijährigen Studium auf 67 000 bis 195 000 Dollar), wird der größte Teil dieser Summe den Studenten vom Federal Government zinslos kreditiert. Man nennt diese Kredite kurioserweise „help loans“. Nur den kleineren Teil haben die Studenten bar zu entrichten. Dieser

beträgt 4 000 bis 9 000 Dollar pro anno (je nach Studienfach).

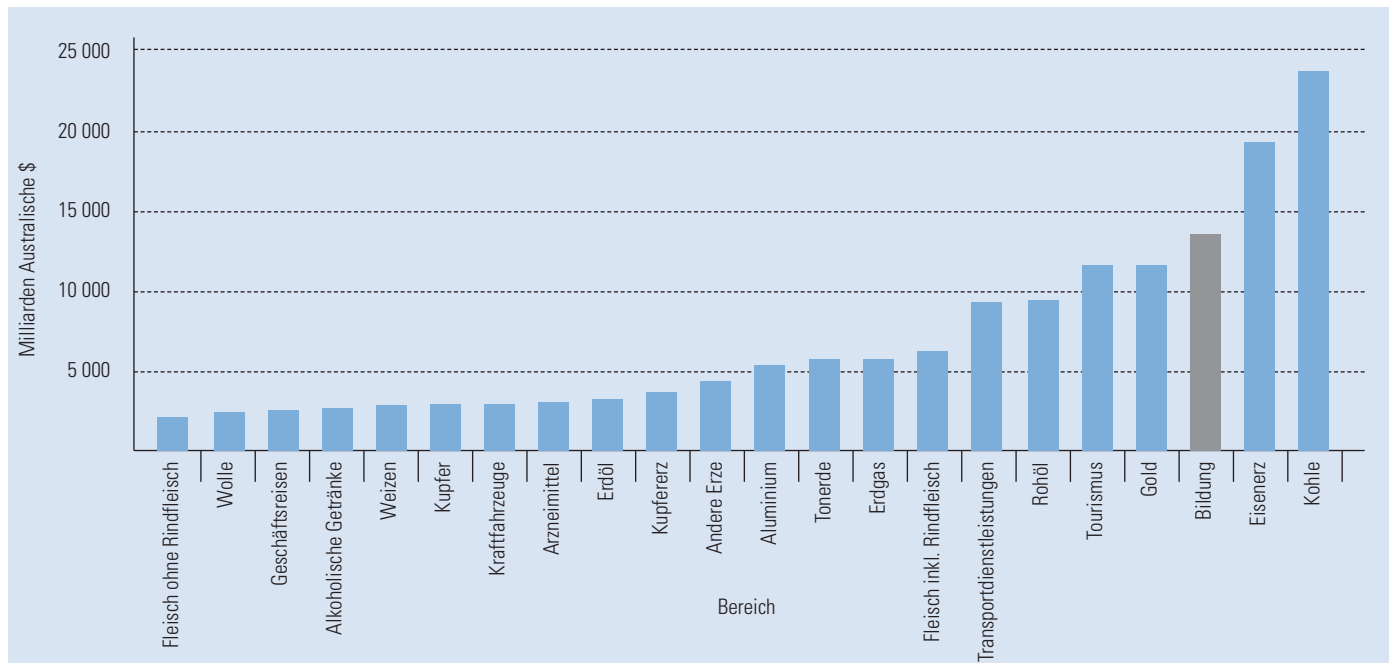
Irgendwann müssen die früheren Studenten allerdings die „help loans“ (Studiendarlehen) zurückzahlen. Zur Rückzahlung sind die im Berufsleben stehenden Absolventen jedoch nur dann verpflichtet, wenn ihr Jahreseinkommen über einer bestimmten Höhe liegt (z.Zt. sind das ca. 42 000 Dollar). Über die für deutsche Leser gewiss erstaunliche Höhe der Studiengebühren beklagen sich australische Studenten selten. Häufig verzichten sie sogar darauf – um nicht mit einem gigantischen Schuldenberg ins Berufsleben zu starten – die volle Höhe der möglichen „help loans“ in Anspruch zu nehmen. Um die Verschuldung niedrig zu halten, verdienen sie Teile ihrer Gebühren durch Jobs (als Kellner, hotel clerks, Bulettenbrater o.ä.). Das führt dazu, dass viele mehr als die Hälfte ihrer Zeit für Arbeiten aufwenden, die nichts mit ihrem Studium zu tun haben. Man könnte sie Zeit-Arbeiter nennen, die im Nebenberuf studieren. Folge: sie tauchen nur selten in Lehrveranstaltungen auf oder sitzen, wenn sie gelegentlich kommen, dort übermüdet und unaufmerksam herum. Die in Deutschland üblichen Studiengebühren von ca. 1 000 Euro pro anno halten sie – wenn man ihnen davon erzählt – für Fabelbotschaften aus Utopia.

Diese für australische Bürger faire Umlage der Studienkosten auf den von einem Studium profitierenden Studenten wird den ausländischen Studenten allerdings – anders als den australischen Studenten – nicht erleichtert. Sie haben die vollen Studiengebühren sofort zu bezahlen. Geht man von ca. 170 000 ausländischen Studenten aus, so kassieren die australischen Universitäten von ihren Gästen (vor allem aus China, Indien und Korea) ca. sechs bis sieben



AUTOR

Horst Albert Glaser ist Professor emeritus für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Er lebt in Adelaide (Australien).



Grafik: Australische Exporteinnahmen 2008. Quelle: Australian Bureau of Statistics.

Milliarden Dollar pro anno. Die gesamte australische Ökonomie profitiert freilich in noch höherem Maße von den jungen Ausländern. Diese zahlen ja, wenn sie in Australien selbst leben (und keine Fernstudenten sind), auch noch für Güter und Dienstleistungen, die sie in Anspruch nehmen. In den „Education Export Statistics“ für 2007/08 werden Einnahmen von 13,7 Milliarden Dollar ausgewiesen.

Wer allerdings annähme, dass diese von den ausländischen Studenten direkt gezahlten Studiengebühren nun auch den Zahlern zugute kämen, hätte sich geirrt. Ein nicht geringer Teil der Universitätseinnahmen fließt keineswegs in die Ausstattung jener Fächer, in denen die ausländischen Studenten vorwiegend immatrikuliert sind (Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften), sondern wird – als Quersubvention – an Fächer ausgeschüttet, die eher von Australiern belegt werden. Mit anderen Worten: die ca. 170 000 Studenten aus sog. Entwicklungsländern haben – über die von ihnen zu zahlenden Studiengebühren – das Studium ihrer australischen Kommilitonen mitzufinanzieren. Man kann dies das Gegenteil von Entwicklungshilfe nennen, wie sie in Deutschland praktiziert wird. Für die geschäftstüchtigen Australier stellen die ausländischen Studenten nicht viel mehr als eine „export industry“ dar, an

der man verdienen, aber für die man nichts ausgeben will. So gehören die Einnahmen, die in Australien mit ausländischen Studenten erzielt werden, zu den wichtigsten Exporteinnahmen überhaupt (nach dem Verkauf von Eisenerz und Kohle vor allem an Japan und China). (Vgl. Grafik).

Es nimmt infolgedessen nicht wunder, wenn z.B. in China und Indien finanzkräftige Agenturen der australischen Universitäten für die Rekrutierung zahlender Kunden tätig sind. Finanziert werden diese Agenturen – wie

»Die Entwicklungsländer subventionieren die australische Ökonomie.«

kann es denn anders sein – von den angeworbenen (besser: eingefangenen) Studenten selbst – über ihre Studiengebühren.

Zur Moral dieser Art Universitätsfinanzierung – Finanzierung eines industriell entwickelten Landes durch vergleichsweise ärmere Entwicklungsländer – macht man sich in Australien keine Gedanken. Es ist ein funktionierendes Geschäft und insofern in Ordnung. Oft sind es gar nicht die chinesischen, indischen oder koreanischen Studenten selbst (resp. ihre sich krumm legenden Familien), von denen Australien sich die Studiengebühren bezahlen lässt.

Viele der Entwicklungsländer stattdessen ihre Landeskinder mit Stipendien aus, so dass die Entwicklungsländer es sind, die direkt die australische Ökonomie subventionieren müssen.

Diese in den europäischen Sozialstaaten unbekannte Universitätsfinanzierung hat innerhalb der australischen Universitäten mehrere fatale Konsequenzen:

1. Da die ausländischen Studenten einen hohen finanziellen Beitrag zu den Betriebskosten (insbesondere den Personalkosten) ihrer jeweiligen Universität leisten, erfahren sie dort eine zuvorkommende Bedienung. Kaum einer von ihnen fällt im Examen durch, ja die meisten von ihnen bestehen es mit Bestnoten. Dozenten berichten immer wieder von dem hohen Druck, den die Verwaltungen auf sie ausüben, damit den Studenten das Studium leicht gemacht wird. Aufsehen erregte Mitte vergangenen Jahres eine Mitteilung des australischen Immigration Office, derzufolge die meisten der ausländischen Universitätsabsolventen den obligaten (und relativ einfachen) Englischtest nicht bestanden haben, dem sie sich unterziehen müssen, wenn sie nach dem Studium (was bei vielen der Fall ist) noch im Lande bleiben und dort berufstätig werden wollen. In der Presse wurde daraufhin die Frage aufgeworfen, was denn die chinesischen, indischen und koreanischen Studenten eigentlich an den australischen Universitäten gelernt hätten.

ten, wenn sie bei einem Englischtest durchfallen, den jeder (auch nicht-akademische) Immigrant bestehen muss, will er ein Arbeitsvisum erhalten. Die Universitäten konnten hierauf keine zureichende Auskunft geben. Zu offensichtlich war, dass viele Universitäten sich gegenüber ihren ausländischen Gästen als „degree mill“ präsentiert haben. Jedenfalls versprach man Besserung und kündigte mehr Sprachkurse für Studienanfänger an.

2. Da aber nicht nur die ausländischen, sondern auch die inländischen Studenten Geldbringer ihrer Universitäten sind (die staatliche Finanzierung hängt von der Zahl der jeweils immatrikulierten Studenten ab), erfahren auch die jungen Australier ihre Universitäten eher als Wohlfühl- und Diplomverteilungsbehörden, denn als Ausbildungsstätten, die hohe intellektuelle Anforderungen an ihre Besucher stellten. Den Erwartungen der Studenten auf entgegenkommende Behandlung geben viele Dozenten nach, da diese auf die gute Meinung der Studenten über sie angewiesen sind. Von den regelmäßig stattfindenden Evaluierungen, in denen die Studenten ihre Zufriedenheit resp. Unzufriedenheit mit den Lehrleistungen der Dozenten äußern können, hängt nämlich entscheidend deren Karriere im internen Beförderungssystem der Universitäten ab. Wer nicht sehr gute Evaluationsresultate bei den Studentebefragungen vorweisen kann (und die erhält man mit Sicherheit, indem man vorher gute Noten verteilt), kann auf eine Beförderung vom lecturer zum senior lecturer oder von letzterem zum associate professor selten hoffen.

Angewiesen auf die von den Studenten (und dem Federal Government) gezahlten Studiengebühren kann es sich keine Universität leisten, dass verärgerte Studenten die Hochschule verlassen. Nebenbei: in Australien hat ein Beförderungssystem das in Deutschland (bislang) geltende Berufungssystem weithin verdrängt. Man wird in der Regel als junger lecturer eingestellt und robbt sich an ein und derselben Universität (mit vielen Verbeugungen nach oben und unten) durch die Stellenhierarchie. Nur in wenigen Fächern gelangen Dozenten durch auswärtige Rufe zu einer Professur. Letztere werden nämlich allzu oft als Prämie für gute Evaluationsresultate, viel Verwaltungsarbeit und allgemeines Wohl-

verhalten gegenüber den Dienstvorgesetzten (den Heads of School resp. den Deans) vergeben. Forschungsleistungen haben in der Vergangenheit kaum eine Rolle gespielt. Die neue Labor-Regierung von Rudd hat hier Änderungen angekündigt. Nach jahrelanger Vernachlässigung soll nun Forschung auch wieder zählen – bei der Beförderung und bei der staatlichen Finanzierung der Universitäten. Zur Zeit der Howard-Re-

»Forschungsleistungen haben in der Vergangenheit kaum eine Rolle gespielt.«

gierung zählten vor allem „teaching“ und „administrative work“. (Letzteres eher mehr als ersteres, seit in den Instituten die Sekretärinnen abgeschafft wurden.)

3. Um ihr Forschungsprofil aufzubessern, stellen die Universitäten jetzt vermehrt „research fellows“ ein. Da das etablierte Personal in der Vergangenheit selten produktiv war, sollen diese für ein oder zwei Jahre eingestellten „research fellows“ (in der Regel post-docs) die Aufsätze und Bücher publizieren, die von den Universitäten als Ausweis ihrer Forschungsleistungen vorgelegt werden müssen, aber vom Stammpersonal nicht geschrieben werden. Für jeden Aufsatz ihrer „research fellows“ (aber auch der festangestellten Dozenten) erhält die Universität mehrere tausend Dollar vom Federal Government, für Bücher sogar um die zehntausend. Genaue Zahlen sind nicht greifbar.

»In Australien hat ein Beförderungssystem das in Deutschland geltende Berufungssystem abgelöst.«

Besonders lukrativ stellt sich für die forschungsarmen australischen Universitäten die Anwerbung ausländischer (meistens europäischer) Wissenschaftler dar. Sie verfügen in der Regel über lange Publikationslisten, mit denen die Universitäten sodann von der Regierung weiteres Geld verlangen können. Das Engagement eines europäischen Wissenschaftlers (häufig sind es arbeitslose Jungakademiker) kann insofern zu einem „cash in“ von mehr als hunderttausend Dollar führen – je nachdem, wieviel Titel sich auf der mitgebrachten Publikationsliste des Jungakademikers befinden. Selten geben die Universitäten

den betreffenden Dozenten hiervon etwas ab. Einige Universitäten reduzieren neuerdings den forschungsaktiven Dozenten die Lehrverpflichtung um einige Stunden. Insgesamt liegt letztere bei zwölf bis vierzehn Stunden in der Woche.

4. Sollten die europäischen Jungwissenschaftler sich noch eine andere Belohnung erhoffen, so sollte man sie warnen. Seit die Universitäten dazu übergegangen sind, feste Stellen (die „tenured positions“) zuerst an Australier zu geben, erhalten Dozenten aus dem Ausland allenfalls Zeitverträge – maxi-

mal für drei Jahre. Danach können sie sich zusammen mit den australischen Jungwissenschaftlern um die „tenure positions“ bewerben; letztere gehen aber regelmäßig an die Kollegen mit dem australischen Pass. Man ist versucht, diese (nicht immer zugegebene) Praxis der „tenure“-Verleihung eine „national discrimination“ zu nennen. Beschwerden europäischer Dozenten werden häufig mit dem Verweis auf nicht immer exzellente Studentenbewertungen abgelehnt. Letztere sind allerdings in den sprach- und literaturwissenschaftlichen Fächern schwierig zu erlangen, wenn die Dozenten zwar einerseits gehalten sind, ihre Kurse in der jeweiligen Fremdsprache anzubieten, die Studenten aber von der high school so gut wie keine Fremdsprachenkenntnisse mitbringen. Wer wird da einen Dozenten gut finden, den er nicht versteht?

Verweisen die Dozenten mit den nicht ganz so exzellenten Evaluationsresultaten auf ihre weit über dem australischen Durchschnitt liegenden Forschungsleistungen und das Niveau ihrer Lehre, so wird ihnen lächelnd bedeutet: „We don't need high flyers“. Und damit haben die Deans und die Heads of School in gewisser Hinsicht sogar recht. Ihren Studenten gefällt es nämlich eher, wenn das Studium nicht so anstrengend ist. Dann bleibt mehr Zeit für die Jobs und das damit verdiente Geld. Letzteres kommt ja wieder den Universitäten zugute.

Man kann sagen: die konsequente Ökonomisierung von Bildungseinrichtungen endet in deren unaufhaltsamer Depravation.